

Versteht an jedem Blatt...
Bezugspreis...
Anzeigen-Verfahr für die...
einmalige...
nach Tarif...
Anzeigen-Verfahr für die...
einmalige...
nach Tarif...
Anzeigen-Verfahr für die...
einmalige...
nach Tarif...

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Geplündet 1922

Nagolder Tagblatt

Schreibmasch. Druck und Verlag von W. H. Haller (Holl. Haller) Nagold.

Freitag, den 2. November 1922

Bestellungs- und Abrechnung...
Telegraphische Mitteilung...
Telegraphische Mitteilung...
Telegraphische Mitteilung...

Telegraphische Mitteilung...
Telegraphische Mitteilung...
Telegraphische Mitteilung...
Telegraphische Mitteilung...

Telegraphische Mitteilung...
Telegraphische Mitteilung...
Telegraphische Mitteilung...
Telegraphische Mitteilung...

Nr. 256

Donnerstag, den 2. November 1922

96. Jahrgang

Tagespiegel

Der italienische Botschafter in Paris Graf Sforza ist nach der Bildung des Kabinetts Mussolini von seinem Amt zurückgetreten. Der Rücktritt wird in Paris sehr bedauert, denn Sforza war immer einer der eifrigsten Befürworter der sanftmütigen Forderungen wenn es um Deutschlands Kosten ging. Seiner Unterstützung hat Frankreich die Loslösung eines größeren Teils von Oberschlesien zu danken, als Lloyd George zugesprochen wollte, und die schmachvolle Vergewaltigung von Capen-Malmedy zu Gunsten der Belgier wären ohne das Eintreten Sforzas für die Belgier im Vorkriegsstaat ebenfalls nicht möglich gewesen.

Nach einer Havasmeldung ist der Sultan in Konstantinopel bereit, die Regierung und die Nationalversammlung in Angora anzuerkennen, die dann die einzige Macht in der Türkei wären.

Lauf Renter hat die Regierung von Angora die Wahl von Causanne für die Friedenskonferenz angenommen, aber gegen die Einladung der Regierung in Konstantinopel Widerspruch erhoben. Sie bedeute eine Verletzung des Geistes des Mudania-Vertrages und würde die Regierung von Angora nötigen, der Konferenz fernzubleiben.

Ein nationaler Staatsstreich

„Revolution“ kann man das nicht nennen, was sich in den letzten Tagen in Italien zugetragen hat. Denn Revolution ist Staatsumwälzung, Umsturz der alten Staatsform, Schaffung einer neuen Staatsform. So war's in Deutschland am 9. November 1918. Die Oktobervorgänge in Italien aber lassen die Monarchie bestehen. Ja, Mussolini will die Monarchie „stützen“. Er will sie nur von den beengenden Fesseln des Parlamentarismus losmachen. Ja, nicht einmal den Parlamentarismus an und für sich abschaffen. „Wir lehnen“, erklärte er am Sonntag vom Balkon des Ministeriums der Keuchern in Rom, „den Parlamentarismus nicht ab, aber die Nation und die Ehre stehen uns höher, als das Parlament.“

Da haben wir zweifellos den tiefsten Beweggrund des Faschismus zu suchen. Ursprünglich wollte Mussolini, der übrigens in früheren Zeiten selbst Sozialist und Revolutionär war, nur dem auch Italien bedrohender Bolschewismus vorbeugen. Seine allererste Gründung hatte viel Ähnlichkeit mit unserm Bürgerrat, den Einwohnerwehren, der Orgeß und allen ähnlichen Vereinigungen der deutschen Nachrevolutionärszeit.

Aber, wie es eben im politischen Leben nun einmal geht, ein Schritt gab den andern. Der Bolschewistenfeind wurde ein Sozialistenfeind. Also Kampf gegen die „Diktatur der Straße“, Kampf gegen den Sozialismus in jeder Form, weg mit den sozialistischen Abgeordneten, weg mit den sozialistischen Magistraten, weg mit den sozialistischen Präfekten!

Doch auch diese Forderungen genügten nicht. Mussolini glaubte einen inneren unaufhaltsamen Zusammenhang zwischen Sozialismus und Demokratie feststellen zu können. Der Faschismus wurde bald auch demokratienfeindlich. Schließlich nahm er auch noch den Kampf gegen die katholische Volkspartei, die Popolari auf. Also antisozial, antidemokratisch, antiklerikal — das ist der Weg, den der Faschismus stufenmäßig und in rascher Folge beschritt.

Daneben ging eine andere Strömung, die uns Deutsche betrifft. Sie hängt mit dem nationalen Grundtrieb dieser eigenartigen Bewegung zusammen. Mussolini sprach, nachdem Rom zu seinen Füßen lag: „Wir haben auf der ganzen Linie gesiegt. Die nationale Revolution hat begonnen... Es lebe das glorieuse italienische Volk, es lebe Italien!“

Also nur und allein „italienische Belange“. Wozu muß Italienisch werden. Italien darf an der Entente nicht mehr das fünfte Rad sein. Es muß bei der Verteilung der Kriegsgewinnung besser auf seine Rechnung kommen. Und gerade hierin kann Mussolini vielleicht uns sehr unliebsame Überraschungen bereiten. Die neue Regierung in Rom wird, allen Anzeichen nach, für eine großzügige Entschädigungspolitik, wie sie Ritti in seinem ausgezeichneten Buch „Das friedlose Europa“ fordert, nicht nur nicht empfänglich sein; sie wird vielleicht sich enger an Frankreich anschließen, als es De Rocca getan hat. Das aber bedingt für Deutschland ein schärferes Anziehen der Zahlungsschraube.

Doch, wie gesagt, das sind nur Vermutungen und Befürchtungen, deren Laten vielleicht ausbleiben. Aber wir Deutsche müssen solche erfreulichen Ermüdungen in unsere Politik einstellen. Sie sind zweifellos Russoloni zuzutrauen. Jedenfalls wird der 80jährige Giolitti, der viele wieder für den Mann der Zukunft halten, solchen faschistischen Beständen gegenüber einen schweren Stand haben. Vom König Viktor Emanuel gar nicht zu reden, der ja sowieso auf Gnade und Ungnade Mussolini ausgeliefert zu sein scheint.

Die italienische Bewegung ist eine Seitererscheinung. Sie ist in die Reihe gleichartiger Vorgänge zu stellen, die gegenwärtig ihre Runden durch die Völker der Erde machen. Der türkische Aufstand, der ägyptische Nationalismus, der indische Prophet Gandhi, Kemals Triumph, die griechische Revolution und nun auch der Faschismus und sein beispielloser Siegeszug von Bogen bis Palermo — lauter nationalistische Aufstiege im Völkermeer. Der Weltkrieg hat sie geboren, der Vertrag von Versailles hat sie aus der Taufe gehoben. Sie scheinen dem zwanzigsten Jahrhundert seinen Charakter verleihen zu wollen. W. H.

Der ukrainische Aufbruch in Ostgalizien

Aus Lemberg wird der „Köln. Zig.“ geschrieben: Nach dem Novemberzusammenbruch des Jahres 1918 bildete sich in Ostgalizien die sogenannte westukrainische Volksrepublik, gegen die Polen sofort einen Krieg eröffnete. Im Jahr 1919 gelang es den Polen, mit Hilfe des aus Frankreich heimgeschickten Heer des Generals Haller, die Truppen der westukrainischen Republik zu besiegen und Ostgalizien bis zur ehemaligen russischen Grenze zu besetzen. Der Oberste Rat bestätigte nachträglich diese tatsächliche Lage und bevollmächtigte die Polen, Ostgalizien bis zur endgültigen Regelung der Frage der staatlichen Zugehörigkeit dieses Landes nach den Grundgesetzen des Selbstbestimmungsrechts zeitweilig zu verwalten. Seitdem ist in der Angelegenheit Ostgalizien nichts mehr geschehen.

Die Polen nützen diese ungeklärte Lage aus und führten im Land eine Reihe von Zwangsmassnahmen durch, um der Widerstand der ukrainischen Bevölkerung gegen die polnische Herrschaft zu brechen und das in seiner überwiegenden Mehrheit ukrainische Land zu polonisieren. Das geschah mit den allgemein bekannten polnischen Mitteln. Polen genies in seiner ostgalizischen Politik die Unterstützung Frankreichs. Ostgalizien ist nämlich für die Westmächte nicht gleichgültig. Seine Lage macht es zum Durchgangsbereich zwischen Polen und Rumänien sowie zwischen der Ukraine, der Ukraine und der Räteukraine. Wäre Ostgalizien ein selbständiger Staat, dann könnte es leicht der Vermittler zwischen der russischen Föderation und Mitteleuropa ohne Überwachung Frankreichs werden. Der Ring, den der kleine Verband gegenüber Russland und der Räteukraine bildet, wäre durchbrochen. Die von Frankreich gewünschte innige Verbindung zwischen Polen und Rumänien wäre gefährdet. Außer dieser politischen Bedeutung ist Ostgalizien auch noch wegen seiner Bodenschätze Gegenstand des besonders französischen Interesses. Ostgalizien sind die Franzosen sicher, wenn die Polen das Land beherrschen. Für die polnische Regierung handelt es sich in Ostgalizien um die Aufrechterhaltung der dort seit Jahrhunderten bestehenden Herrschaft des polnischen Großgrundbesitzes und der polnischen Bureaucratie. Die einzigen Rechtsgründe, die Polen für seinen Anspruch auf das Land anzuführen hat, sind Herrschaft und Habgier.

Das ukrainische Volk in Ostgalizien ist jedoch bereits zu national bewußt und zu aufgestärkt, um sich willenslos und ohne Widerstand der polnischen Herrschaft zu fügen. Armut, sozialer, nationaler, kultureller und religiöser Gegensatz zu den polnischen Herren hat die ukrainische Bevölkerung in eine Abwehrstellung gedrängt, die vor nichts zurückweicht. Solange im Land noch eine Spur von Hoffnung bestand, daß es tatsächlich zu einer Beilegung des Selbstbestimmungsrechts kommen würde, verhielt sich die ukrainische Bevölkerung wohl gegen die Polen abnehmend, aber im allgemeinen abwartend. Als sich jedoch immer mehr herausstellte, daß die Polen, von niemand behindert, darangingen, im Land eine unumschränkte Herrschaft aufzurichten, verlor die ukrainische Bevölkerung die Geduld und griff zur Selbsthilfe. Ramentlich ein Ereignis trieb die ukrainischen Bauern in Ostgalizien zur Verzweiflung. Die polnische Regierung hatte für den Spätherbst Wahlen zu polnischen Volksvertretung ausgeschrieben und auch Ostgalizien in den Bereich des Wahlbezirks einbezogen, obwohl der Polen in diesem Land keine Hoheitsrechte zustehen. Berechtigt waren die Warnungen des englischen Gesandten in Warschau, vergeblich Interpellationen in englischen Unterhaus und in der italienischen Kammer, vergeblich ein Antrag des kanadischen Vertreters im Völkerbund — die Polen kümmerten sich um diese Warnungen nicht, sondern trafen in Ostgalizien ihre Wahlvorbereitungen.

Die rücksichtslosen Bedrückungen, die unaufhörlichen Schikanen, die Anrechnung des ukrainischen Dorfs, der Hochmu-

der polnischen Beamten, Militär- und Polizeiorgane, all das führte zu einer Explosion. Nach irischem Muster begannen die ukrainischen Bauern einen Ausrottungskrieg gegen die polnischen Behörden, gegen die Militär- und Polizeiorgane sowie in erster Linie gegen die polnischen Grundbesitzer. In allen Ecken des Landes werden jetzt die Besitztümer der polnischen Magnaten angezündet. Die Kasernen und Magazine der polnischen Armee, die Gendarmarieposten, die Eisenbahnen, die Brücken und Bauten werden in der Nacht überfallen und in die Luft gesprengt. In letzter Zeit sind sogar in verschiedenen Gegenden Ostgaliziens bemannete aufständische Abteilungen ukrainischer Bauern aufgetreten, die einen offenen Kampf mit den polnischen Besatzungen aufgenommen haben. Sie greifen polnische Gendarmarie- und Militärposten an und rollen diese aus. Die militärischen Maßnahmen der Polen gegen die Aufständischen sind bis jetzt ohne Erfolg geblieben.

Diese Ereignisse in Ostgalizien sind eine ernste Bedrohung des polnischen Staats. Mit Gewalt werden die Polen der Lage im Lande nicht Herr werden, denn gerade die von polnischer Seite rücksichtslos geübte Gewalt hat die Schreckenszustände hervorgerufen. Auch kleinliche Mittel, wie eine beschränkte Kreisautonomie, werden nicht viel fruchten. Es ist eben unmöglich, nahezu vier Millionen Menschen, die den Willen zur Selbständigkeit haben und mit dem Boden, auf dem sie leben, eng verwachsen sind, zu verflawen.

Wien, 1. Nov. Die westukrainische Presse meldet aus Paris, der Präsident des ostgalizischen Nationalrats, Dr. Eugen Petruschewitsch, habe an die Verbandsmächte eine Note gerichtet, die gegen das Vorgehen der Polen im besetzten Gebiet Ostgaliziens Einspruch erhebt. Der Verband wird in der Note aufgefordert, unter den gegebenen Umständen die Durchführung von polnischen Wahlen in Ostgalizien nicht zuzulassen.

Nachdenkliche Zahlen zur Getreideumlage

L. C. Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben: Nachdem jetzt die Preise für das erzie Umlagegedrillt feststehen, kann man den Schaden genau befehen, den dieses Gesetz an der Erzeugung des Brotes für das Jahr 1924 anrichten wird.

	je 1000 Hektar		Unterschied zu 1923
	1922	1924	
Weizen	11 000 .M	1515 .M	9485 .M
Roggen	9000 .M	1415 .M	7585 .M
Hafer	9500 .M	1250 .M	8250 .M
Berste	9000 .M	1350 .M	7650 .M
		Durchschnitt	8250 .M

Es beträgt daher die Ausnahme- und Sonderbesteuerung für den Landwirt bei Ablieferung von

1 Zentner (etwa Betrieb von 18 Morgen)	8 250 .M
2 Zentner (etwa Betrieb von 25 Morgen)	16 500 .M
5 Zentner (etwa Betrieb von 30 Morgen)	41 250 .M
10 Zentner (etwa Betrieb von 35 Morgen)	82 500 .M
15 Zentner (etwa Betrieb von 40 Morgen)	123 750 .M
20 Zentner (etwa Betrieb von 50 Morgen)	165 000 .M
25 Zentner (etwa Betrieb von 60 Morgen)	206 250 .M
50 Zentner (etwa Betrieb von 120 Morgen)	412 500 .M
100 Zentner (etwa Betrieb von 200 Morgen)	825 000 .M
200 Zentner (etwa Betrieb von 400 Morgen)	1 650 000 .M

Diese, dem Umlagekapital, also den Erzeugungsmitteln entzogenen Summen hätten ausgereicht bei

1 Zentner Umlage zur Beschaffung von 2 1/2 Ztr. Stroh	
2 Zentner Umlage zur Beschaffung von 5 Ztr. Stroh	
5 Zentner Umlage zur Beschaffung von 12 1/2 Ztr. Stroh	
10 Zentner Umlage zur Beschaffung von 25 Ztr. Stroh	
15 Zentner Umlage zur Beschaffung von 37 1/2 Ztr. Stroh	
20 Zentner Umlage zur Beschaffung von 50 Ztr. Stroh	
25 Zentner Umlage zur Beschaffung von 62 1/2 Ztr. Stroh	
50 Zentner Umlage zur Beschaffung von 125 Ztr. Stroh	
100 Zentner Umlage zur Beschaffung von 250 Ztr. Stroh	
200 Zentner Umlage zur Beschaffung von 500 Ztr. Stroh	

Neue Nachrichten

Der Empfang der Entschädigungskommission

Berlin, 1. Nov. Gestern mittag 12 Uhr empfing, wie berichtet, der Reichskanzler die Mitglieder der Entschädigungskommission in der Reichskanzlei. Der Reichskanzler wies auf die große Veränderung der Lage Deutschlands seit der letzten Annahme des Garantenausschusses im Juli d. J. hin. Dem deutschen Volke fehle es an den notwendigen Nahrungsmitteln und Kohlen, und es stehe vor einem fürchterlichen Winter des Hungers und der Kälte. Erst wenn die frunkte Wirtschaft geheilt und vor allem die Währung befestigt sei,



